

**Stadt Ravensburg - Doppel-HH 2021/2022 - Verabschiedung/Beschlussfassung
Haushaltsrede der CDU Fraktion Ravensburg -
Fraktionsvorsitzender August Schuler
Gemeinderats-Sitzung als Videokonferenz Montag 01.02.2021
(Schriftliche Version zu Protokoll)**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Rapp,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Bürgermeister Blümcke und Bastin
mit den Amtsleitern und allen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der Stadtverwaltung,
verehrte Damen und Herren,

heute verabschieden wir gemeinsam - Verwaltung und Politik - den Doppel-Haushalt für die
Jahr 2021/2022. Der Haushaltsrede unserer CDU-Fraktion stelle ich unter den Titel:

**Die Handlungsfähigkeit unserer Stadt erhalten -
den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft bewahren -
Corona-Neustart im Doppel-HH auf allen Ebenen**

Die heutige HH-Sitzung unseres Gemeinderates findet - aufgrund der aktuellen Corona-Verordnungen und auf Beschluss des Ältestenrat (18.1.2021) - als Videokonferenz statt. Damit wird deutlich, dass die **politischen Rahmenbedingungen** und die **Ausgangslage** für diesen Haushalt mehr als außergewöhnlich sind:

Teil 1 Finanzlage unserer Stadt:

- Seit März 2020 hält uns alle die weltweite **Corona-Pandemie** in Atem - ihre Auswirkungen schlagen sich auf den Haushalt unserer Stadt, auf unsere Finanzlage, unsere Investitionen und unsere Projekte mit „voller Wucht“ nieder.
- Wir verabschieden zum ersten Mal einen **Doppel-Haushalt** für die Jahre 2021 und 2022. Die Begründung der Verwaltung: Projekte, auch Bauprojekte sind langfristiger zu planen und **Einspareffekte** im Haushalt sind zu erzielen. Dieser Nachweis ist von der Verwaltung im kommenden Jahr zu erbringen, die CDU Fraktion wird diese Argumentation überprüfen.
- Die Folge dieses Doppel-Haushaltes wird ein **Nachtragshaushalt 2021**, wohl auch ein weiterer Nachtragshaushalt für das **Folgejahr 2022** sein. Im übrigen gilt, dass in der aktuellen Corona-Situation die Konjunktur nicht vorhersehbar ist. Einmal mehr bleiben der vorliegende HH-Plan und die Finanzplanung bis 2025 ein Zahlenwerk, das in den kommenden Monaten mit „Leben erfüllt“ werden muss. Einmal mehr fahren wir den Haushalt „auf Sicht“. Damit werden Nachtragshaushalte unerlässlich sein.
- Wir starten 2021/2022 in unser drittes und viertes Jahr der **Doppik** - als neuer, gesetzlich vorgeschriebener **Haushaltsführung** (NKHR: aus dem Verwaltungs- und Vermögenshaushalt wird ein Ergebnis- und Finanzhaushalt). Ein Nachteil für unseren aktuellen Haushalt: eine Eröffnungsbilanz wird nach Auskunft von Stadtkämmerer Engele erst Ende 2021 vorliegen. Bisher liegen noch keine positiven Ergebnisse vor. Die Abschreibungen (etwa für unsere Gebäude) sind noch nicht erwirtschaftet. Das trägt nicht zur **Liquidität** unseres Haushaltes bei.

- Für den abgelaufenen Haushalt 2020 hat uns das Regierungspräsidium Tü eine Zielvorgabe gegeben: eine Genehmigung kann nur erfolgen, wenn eine **Finanzkommission** des Gemeinderates eingesetzt wird und substanzielle, zum Teil schmerzliche Einsparungen von **vier Millionen Euro** für die kommenden Haushaltsjahre erzielt werden. Dies hat der Gemeinderat im Juli 2020 umgesetzt. Erste Ergebnisse - so die Verwaltung - sollen sich im HH 2021 einstellen. Diesen Nachweis hat die Verwaltung zu erbringen. Das werden wir überprüfen.
 - Aufgrund der Corona-Pandemie und der damit verbundenen ersten Lockdown-Phase hat der Gemeinderat ebenfalls im Juli 2020 einen Nachtrags-Haushalt beschlossen. Nach insgesamt drei Steuerschätzungen 2020 des Landes und den **kommunalen Corona-Rettungsschirmen** von Bund und Land steht fest: der Haushalt 2020 schließt mit einem ordentlichen Ergebnis von vier Mio. € ab, der den Rücklagen zugeführt wird. Der Grund: die kommunalen Schlüsselzuweisungen des Landes wurden nicht reduziert, Bund und Land erstatten die Gewerbesteuer ausfälle von fünf Mio. € je zu 50 Prozent, insgesamt liegt der Corona-Ausgleich für unsere Stadt bei 11,5 Mio. €. Trotz eines dramatischen Corona-Jahres mit zwei Lockdown-Phasen konnte zumindest der Haushalt 2020 ausgeglichen werden. Politisch schmerzhaft stellt sich jedoch der **Verzicht auf Investitionen** da: die Sanierung der Ringgenburghalle Schmalegg ist verschoben, ebenso die geplanten Neubauten von Kindergärten in Oberzell und Schmalegg. Das ist unsere Ausgangslage für die heutige Beratung.
 - Kritisch sehen wir die Entwicklung der **Personalkosten** - bedingt durch Mehraufgaben, Stellenmehrungen und Tarifsteigerungen. Die Digitalisierung hat keine personelle Entlastung gebracht - im Gegenteil. Zwischen 2019 und 2022 haben wir eine Steigerung um 4 Mio. € auf dann 34 Mio. € jährlich. Diese Entwicklung können in Zukunft nicht durch Steuer- und Gebühren-Erhöhungen dargestellt werden. Wir schlagen eine **Personal-Kommission** (analog der Kommissionen Finanzen und Klima) vor, um eine ehrliche und faire Aufgaben- und Personalkritik umzusetzen. Was ist zwingend „notwendig, nützlich, angenehm/freiwillig“? In den **Gebäudeflächen-Sachkosten** erwarten wir (nach den Sanierungen und jahrelangen Umzügen) die angekündigte Dividende von BM Bastin.
-
- Unser Doppel-Haushalt 2021/2022 bleibt weiter von der Corona-Pandemie bestimmt. Die wirtschaftlichen Einbrüche haben erhebliche Auswirkungen auf diesen HH und die Finanzplanungen bis 2025. Es ergibt sich eine deutliche **finanzielle Lücke** zwischen den Aufwendungen - also den Personal- und Sachausgaben - und den Einnahmeerwartungen. Bei den Finanzklausuren hat unser Kämmerer dies für 2021 mit ca. 5 Mio. € für 2022 mit 1 Mio € beziffert.
-
- Daraus ergeben sich die politischen Folgerungen und die Eckdaten: für 2021 sind ca. **12 Mio €** für für 2022 sind ca. **10 Mio €** HH-Ausgleich an Ausgaben und Einnahmen zu erzielen.
 - Das bedeutet weiter **Einsparungen** über sämtliche Bereiche der Verwaltung von ca. **8 Mio. €** Etwa im städtischen Infrastruktur-Vermögen - also bei Gebäuden und der Strasseninfrastruktur.
 - Eine weitere Entlastung des HH erfolgt durch die **Senkung der Kreisumlage** von **0,8 Mio. €** jährlich. Ein positiver Beitrag des Landkreises zur finanziellen Handlungsfähigkeit seiner 39 Städte und Gemeinden.

- Eine erneute **Steuererhöhung** durch die Anhebung der Hebesätze der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer bringt einen finanziellen Beitrag von ca. **3,5 Mio €** jährlich.
- Die CDU Fraktion bekennt sich zu ihrem Grundsatz: „Eine **verlässliche Kommunalpolitik** mit „**Maß und Mitte**“ bedeutet einen ausgeglichenen, finanziell stabilen und vom RP genehmigten Haushalt.“ Damit sind - nach den zwei HH-Klausuren der Stadt und der HH-Klausur unserer Fraktion - die Entscheidungen für diesen Doppel-HH vorgegeben:
- Die **finanzielle** und **politische Handlungsfähigkeit** unserer Stadt bleibt erhalten - ein nicht genehmigter Haushalt oder einen vom Land durch das RP eingesetzten Staatskommissar, der eine Zwangsverwaltung für unsere Stadt ausübt, lehnen wir ab.
- **Einsparungen** in der **Substanz** können nur eine Übergangslösung darstellen - ansonsten wird unser Vermögen an Gebäuden und Straßen dauerhaft gemindert.
- **Kommunale Investitionen** werden zunächst 2021 weiter zurückgestellt - ab 2022 trägt unsere Stadt in einem „Neustart nach Corona“ jedoch Mitverantwortung für unsere Wirtschaft im Schussental und in der Region durch kommunale Investitionen.
- Kommunale **Förderprogramme von Bund und Land** nutzen: zur Stärkung der Wirtschaft und der Kommunen werden bei einem „Corona-Neustart“ Förderprogramme aufgelegt werden. Die CDU Fraktion erwartet, dass wir diese Programme nutzen und uns dafür einen **Investitions-Spielraum** erhalten.
- Die Corona-Pandemie trifft unsere Unternehmen - vor allem Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistung, Kultur und Sport - ebenso hart wie unsere städtischen Finanzen. Deshalb hat sich die CDU Fraktion sehr schwer getan mit einer **erneuten Steuererhöhung**. Wir haben Verständnis für die Kritik der Verbände WiFo Pro Ravensburg und der IHK. Zur Erinnerung: bereits für den HH 2020 haben wir die Gewerbesteuer von 263 auf 380 Hebesatz-Punkte erhöht. Jetzt erhöhen wir 2021 auf 390 Punkte. Das belastet die Unternehmen zusätzlich zu den Corona-Herausforderungen. Dazu kommt eine Erhöhung der Grundsteuer A und B auf das Doppelte: von 250 auf 500 Punkte. Das belastet den Wohnungsmarkt, das belastet die Mieten, das belastet die Grundstücke. Deshalb haben wir in einem CDU Antrag für das 2. Halbjahr 2022 eine **Evaluation der Steuererhöhungen** gefordert - wir setzen auf eine Erholung des BIP, der Konjunktur und der Wirtschaftskraft unserer Unternehmen. Trotz der sachlichen Argumentation der Verwaltung bleibt die Frage: Können unsere Bürger diese Erhöhungen der Grundsteuer A und B mittragen? Verkraften unsere ca. 3500 Unternehmen die nochmalige Erhöhung der Gewerbesteuer? Erzielen wir eine Verbesserung unseres Haushaltes von 3,5 Mio. € bei einer Konjunkturlage, die 2021 noch von einem zweiten Lockdown bestimmt ist? Erste Lockerungen sind aktuell nicht abzusehen.

Teil 2 Politische Themen unserer Stadt:

- Wir stehen am Beginn der 20-er Jahre - der Start mit dem „Corona-Jahr“ 2020 stellt sich wenig verheißungsvoll dar. Ein **Jahrzehnt 2020 - 2029**, das einmal mehr entscheidend ist für unsere Stadtgesellschaft. Die wirtschaftliche Entwicklung, Corona-Neustart, Neue Mobilität, Neue Energien, die Klima-Herausforderungen, die Migration und die europäische Solidarität werden dieses Jahrzehnt bestimmen. Mit dem **STEP 2030** haben wir uns darauf vorbereitet. Unsere Bürgerschaft erwartet Antworten

und Entscheidungen von uns. Die Instrumente und Ziele sind im STEP 2030 dokumentiert und vom GR beschlossen.

- Eine effiziente **Kommunale Wirtschaftsförderung** ist das „Gebot der Stunde“ für 2021 und die kommenden Jahre. Dies betrifft den Einzelhandel, die Gastronomie in der Innenstadt genauso wie das produzierende Gewerbe, die Bau- und Immobilienwirtschaft und das Handwerk. Einzelhandel, Gastronomie, Tourismus und Kultur stehen vor einem Neustart nach Corona. Das unterstützen wir mit einem kreativen **Förderprogramm Ravensburg** - diese Mittel sind im HH eingestellt. Unsere **Gewerbegebiete KARRER** - seit 11/2019 mit Anschluss an die B 30 - und **MARIATAL** - vor allem für Handwerk und Mittelstand - stehen vor einer Erweiterung. Diese Chancen sind - über die Regionalplanung und den FNP des GMS - durch das Baudezernat/BM Bastin umzusetzen. Wir fordern, dass in diesem Doppel-HH mit den Planungen begonnen wird. Das **Gewerbegebiet ERLÉN** behalten wir im Blickfeld für eine Erweiterung am Ende dieses Jahrzehntes. Vor allem das produzierende Gewerbe, das Handwerk und die Bauwirtschaft haben uns in den Corona-Jahren wirtschaftlich und finanziell gestützt.
- Die Themen **Wohnungsbau**, bezahlbarer **Wohnraum** bleiben auf der Tagesordnung. Einmal mehr begrüßt die CDU Fraktion die sechs vorgesehenen **Baugebiete nach § 13 b** Baugesetzbuch - vor allem für die Wohnungsnachfrage in unseren drei Ortschaften. Das Ziel der schnellen Umsetzung hat das Baudezernat/BM Bastin nach vier Jahren allerdings verfehlt. Immobilien- und Bauwirtschaft sowie der Bau- und Sparverein (BSV RV) sind uns verlässliche Partner im Wohnungsbau. Etwa in der Oststadt, in der Südstadt, in der Nordstadt. Dafür ein großes Dankeschön. Unsere Fraktion wird einen CDU Antrag zur **„Innenentwicklung für Wohnnutzung und zur Nachverdichtung“** vorlegen. Eine Ergänzung unseres CDU Antrags „Baulücken-Kataster für Ravensburg“ den wir bereits in der Wahlperiode 1994 - 1999 gestellt haben. Wohnen braucht auch eine gute ÖPNV-Anbindung. Diese ist in RV gegeben - unsere Umlandgemeinden benötigen für Ihre Baugebiete weiterhin den Individualverkehr (IV). Ein Blick in die Zukunft des Wohnungsbaues: wir erwarten vom Baudezernat den Planungseinstieg in zwei große **Wohngebiete** im **RV-Süden** und im **RV-Westen** - sobald von der Regionalplanung und der Flächennutzungsplanung (FNP) des GMS die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen sind.
- Einen Neustart - in der Verantwortung des Dezernates EBM Blümcke - benötigen wir bei **„Sicherheit und Öffentlichen Ordnung“**. Der CDU Antrag **„Stärkung des GVD“** (Gemeinde-Vollzugsdienstes) wird umgesetzt. Die Zusammenarbeit mit unserem **Polizeirevier RV** ist vertrauensvoll. Revier (inzwischen saniert) und **Präsidium** Oberschwaben (seit Januar 2020) in Ravensburg wirken durch ihre Anwesenheit bereits präventiv. **Gewalt** und **Extrem-Lärm** finden in unserer Stadt keinen Platz. Die Plätze/Orte sind bekannt: Serpentinweg, Nördlicher Marienplatz, Unterstadt/Schusenstraße, Marktstrasse, Bahnhof und Umgebung. Extreme Vermüllung und Graffiti-Zerstörungen sind Umweltverschmutzung und Straftaten. Der CDU Antrag **„Saubere Stadt“** wird von kommunalen Mitarbeitern am Bahnhof und in der Altstadt umgesetzt. Ihnen ein großes Danke. Die kommunale Bürgeraktion **„Stadtverschönerer“** ist 2020 angelaufen - wir sind auf die Ergebnisse und die Solidarität unserer BürgerInnen gespannt.
- **Schulen/Soziales/Migration**: Unsere bauliche und inhaltliche **Schulentwicklung** - Stichworte Zukunft Kuppelnaus Schule, Neuwiesenschule, Schule in Oberzell und Taldorf ist kommunikativ und planerisch völlig misslungen. Ein ehrlicher Neustart mit allen Beteiligten - Schulen, Eltern, Ortschaften, Gemeinderat - ist zwingend notwendig. In den Schulen setzen wir als Träger - beschleunigt durch Corona die Digitalisierungsprogramme um. **KiTa-** und **KiGa-Neubauten** sind derzeit verschoben, unser

KiGa-Sanierungsprogramm wird fortgesetzt. Unsere Migrations- und Integrations-Programme - auch in der Solidarität der Ehrenamtlichen - bleiben zwingend notwendig. Auch wenn diese Thematik aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwunden ist.

- **Umwelt/Klimakonsens/Energie/Mobilität** - Ravensburg und seine Ortschaften, Oberschwaben und Bodensee sind und bleiben ländlicher Raum. Auch wenn wir uns selber den Titel „Metropole Oberschwaben“ verliehen haben. Wir setzen auf eine „**Neue Mobilität**“, auf eine **vernetzte Mobilität**. Wir fördern Fußgänger, Radverkehr, ÖPNV, BOB und Bahn, Individualverkehr (IV) gleichermaßen. Elektrifizierung der Südbahn, Fertigstellung der B 30 Umgehung 2019, Planungsstart „Molldieter-Tunnel“ - wir handeln und setzen um. In der Innenstadt wollen wir mehr ÖPNV, im ländlichen Raum bleibt der IV zwingend notwendig. Wir setzen auf verbesserte Angebote nicht auf eine ideologisch bedingte Verbotspolitik. Wir setzen auf die Selbstverantwortung unserer BürgerInnen. Sachliche Argumente überzeugen. Unsere **TWS** und **RVV** engagieren sich zentral in den Bereichen „**Neue Energie**“, **Klimaschutz** und „**Neue Mobilität**“. Danke für die Umsetzung und für die gute Zusammenarbeit. Radkonzepte, Fahrradstrassen und Wege, Schnellbusse, Strom aus Erneuerbaren Energien, Nahwärmeversorgung, Programme für Biodiversität, Artenschutz, Streuobstwiesen - wir kündigen nicht an, wir setzen um, wir handeln, wir überzeugen, wir machen Angebote. Das ist kommunale, das ist praktische, täglich gelebte Umweltpolitik. RV marschiert mit dem Klimakonsens an der Spitze in Oberschwaben - da braucht der Gemeindeart weder Belehrungen und Ratschläge von Leserbriefschreibern aus den Umlandgemeinden noch von selbst ernannten Baumbesetzern (die sich zudem jeder Kommunikation und sachlichen Information verweigert haben). Einen CDU Antrag zur Umsetzung der **Klimaschutz-Prioritäten 2021/2022** haben wir vorgelegt. Mit weiteren Projekten stehen wir am Anfang - Planung, Abstimmung aller Beteiligten, Umsetzung brauchen in einer Demokratie-Gesellschaft Zeit. Jeder Einzelne unter uns - Bürger/Bürgerin, sei er jung oder älter - kann eigenverantwortlich mehr tun. Weniger Konsum, weniger reisen, weniger Mobilität, weniger Vermüllung in den Städten, Veränderung seiner Nahrungsgewohnheiten. Unsere CDU Fraktion setzt auf Selbstverantwortung, auf **Technologie- und Forschungsoffenheit**, auf sachliche Argumente und auf faire Kommunikation.
- **Kultur/Sport** leiden in hohem Maße unter den Corona-Verordnungen und dem Lockdown. Keine kulturellen Veranstaltungen, geschlossene Museen, geschlossene Sportvereine, Fitness-Studios, Tanz-Studios. Trotz umgesetzter bester Hygiene-Vorschriften. Wir begrüßen die Videokonferenzen des Kulturamtes. EBM Blümcke und Amtsleiterin Müller sind im ständigen Kontakt mit den Kulturschaffenden, bereiten den Neustart für 2021 vor. Wir erwarten gemeinsam erarbeitete **Neustart-Programme** in der Kultur, auch zusammen mit dem Sportverband und den Vereinen. Sport und Kultur - auch unsere Museumslandschaft - bleiben unverzichtbar für unsere Lebensqualität.
- **Ortschaften** - Die HH-Vorberatungen für die Budgets unserer drei Ortschaften Eschach, Taldorf und Schmalegg waren für die Räte und Verwaltungsspitze wenig erfreulich. Sie waren bestimmt von Investitions-Verschiebungen bei Hallen und Kindergärten, bei Streichungen von Strassensanierungen, sowie im Vorfeld von einer wenig kommunikativen Schuldebatte. Die ehrliche und konstruktive Kritik aus allen drei Ortschaftsräten ist bei der Verwaltungsspitze angekommen. Kolleginnen und Kollegen im GR zur freundlichen Erinnerung: unsere Ortschaften sichern seit bald fünf Jahrzehnten die zukünftige Entwicklung unserer Stadt. Bei den Wohngebieten, bei den Gewerbegebieten, bei der Pflege der Kulturlandschaft, bei Umwelt und Nachhaltigkeit. Die CDU Fraktion erwartet, dass Gemeinderat, Ortschaftsrat, Verwaltung „auf Augenhöhe“ an Information, Kommunikation und Verantwortung stehen. Das ist für die

CDU Fraktion selbstverständlich. Wir sehen uns als Sachwalter unserer drei Ortschaftsräte, die die gewählte politische Vertretung unserer BürgerInnen sind. Im November 2015 hat der GR dazu ein weiteres Grundsatzpapier „Ortschaften“ beschlossen. Unsere Unionspolitik zu den Ortschaften baut auf Vertrauen und Verlässlichkeit auf. Das erwarten wir auch von allen Fraktionen und der Verwaltung. Ein Neustart 2021 mit dann drei neu eingesetzten Ortsvorstehern und bürgernahen Ortschaftsräten ist notwendig.

- **Kommunikation** ist ein politischer „Dauerbrenner“. Ravensburg ist und bleibt eine „politisch-demokratische Hochburg“ in Oberschwaben. Alle öffentlichen Kernthemen werden in Ravensburg diskutiert. Mehr Kommunikation für die Ortschaftsräte, für die Gemeinderäte, für Vereine und Verbände, für Bürger- und Agendagruppen. Mehr Sachlichkeit, mehr Zuhören, Akzeptanz mehrerer Meinungen, Akzeptanz kritischer Bürger - wir sind alle gefordert. Das ist eine Hol- und eine Bring-Pflicht. Für uns und alle BürgerInnen. Wir sind vernetzt auf „allen Kanälen“, die Stadt bietet eine aktuelle Homepage und soziale Netzwerke an. Wir sind überinformiert und doch unzufrieden. Gerade in diesen Zeiten braucht es Medien, die sachlich, neutral, ausgewogen berichten. Sei es in der Tageszeitung, sei es im Mitteilungsblatt WIR. Schade, dass die Abonnementszahlen zurückgehen. Bedauerlich, dass gerade jetzt unser WIR in der Finanzkommission von Einsparungen betroffen war. Von bisher 7000 Haushalten haben es ca. 1100 Haushalte abonniert. Wieder einmal ist ein wichtiger Kommunikationskanal abgeschnitten worden. Diese Mal von uns selber - ein Fehler, wie wir meinen. Die Politikfelder werden immer komplexer, brauchen Zeit und personellen Aufwand zur Vermittlung der Öffentlichkeit. Unsere **kommunale Kommunikation** - innerhalb von Politik und Verwaltung, außerhalb zur Öffentlichkeit - gehört insgesamt auf den **Prüfstand** - wir erwarten und beantragen nach dem Corona-Neustart eine breite Debatte mit aufzuzeigenden Handlungsfeldern.

Für die kommenden Wochen wünschen wir für unsere Stadt und für uns Alle ein baldiges Ende der Corona-Herausforderungen und eine solidarische Stadtgemeinschaft, die Verordnungen und Öffnungen mitträgt. Wir brauchen einen kraftvollen Neustart in allen Bereichen. Lassen wir uns nicht entmutigen, gehen wir dieses weitere Corona-Jahr zuversichtlich an. Bleiben Sie Alle und Ihre Familien gesund, wohlauf und munter. Danke für ihre Aufmerksamkeit.